

Frick, Joachim R.; Wagner, Gert G.

Working Paper — Digitized Version

Zur sozio-ökonomischen Lage von Zuwanderern in West-Deutschland

DIW Discussion Papers, No. 140

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Frick, Joachim R.; Wagner, Gert G. (1996) : Zur sozio-ökonomischen Lage von Zuwanderern in West-Deutschland, DIW Discussion Papers, No. 140, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95714>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Diskussionspapiere
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 140

**Zur sozio-ökonomischen Lage von
Zuwanderern in West-Deutschland**

von

Joachim Frick
Gert Wagner

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Diskussionspapier Nr. 140

Zur sozio-ökonomischen Lage von Zuwanderern in West-Deutschland

von
Joachim Frick
Gert Wagner

Berlin, September 1996

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Königin-Luise-Str. 5, 14191 Berlin
Telefon: 49-30 - 89 7 89 -0
Telefax: 49-30 - 89 7 89 -200

Zur sozio-ökonomischen Lage von Zuwanderern in West-Deutschland

von Joachim Frick und Gert Wagner

Im Jahre 1988 betrug die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland erstmals seit langem fast 1 Million Personen. Insbesondere durch die Öffnung der Grenzen zu Osteuropa stieg diese Zahl bis zum Jahre 1992 auf fast 1,4 Millionen an; seither ist sie wieder rückläufig (vgl. Schulz 1994; Münz und Ulrich 1996) (vgl. Abbildung 1). Es ist im Hinblick auf viele gesellschaftliche und politische Fragen wichtig zu wissen, wie sich die soziale und ökonomische Integration dieser Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft darstellt und wie diese ihre Lebensverhältnisse empfinden.

Dieses Papier gibt einen Überblick zu den Bereichen Demographie, Wohnen, Qualifikationsniveau, Arbeitsmarkt, Einkommen und dem subjektiven Befinden verschiedener Zuwanderergruppen im Vergleich zur deutschen Bevölkerung (Abschnitt 3)¹; in Abschnitt 2 werden einige zugewanderungsspezifische Indikatoren diskutiert. Zuvor werden einige methodische Probleme dargestellt, die bei der Analyse von Zuwandererdaten auftreten (Abschnitt 1). Die Daten der jährlichen Wiederholungsbefragung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) bieten eine Möglichkeit, statistische Probleme bei der Erfassung dieser Population zu überwinden, da im Jahre 1995 eine neue Teilstichprobe, die "Zuwanderer-Stichprobe", in das SOEP eingefügt wurde. Darüber hinaus wird durch die seit 1984 bestehende "Ausländer-Stich-

¹ Für ebenfalls auf dem SOEP beruhende Zuwanderungsanalysen vgl. auch Bauer und Zimmermann (1995a,b); Landua und Schulz (1996); Schulz und Seiring (1994; Seifert (1996); und Weick (1996). Darüber hinaus verfügt das IAB über Analysen von Aussiedlern (vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 1996 und Koller (z.B. 1993). Für punktuelle Analysen von Übersiedlern und Aussiedlern vgl. Bechtold et al. (1990), Gärtner (1990), Ronge (1985) und Schumann et al. (1990). Voges/Weber (1996) analysieren die Daten einer Längsschnittstichprobe von Sozialhilfeakten der Stadt Bremen unter besonderer Berücksichtigung von Ausländern und Zuwanderern.

probe" des SOEP der "Familiennachzug" von Personen aus den mediterranen 'Anwerbeländern' nach Deutschland erfaßt.

1 Methodische Grundlagen

Über die soziale und ökonomische Lage von Zuwanderern, die nach Inkrafttreten des „Rückkehrförderungsgesetzes“ für „Gastarbeiter“ 1983 und verstärkt seit Beginn der „Einwanderungswelle“ im Jahre 1988 nach Deutschland gekommen sind, ist wenig bekannt. Zum einen handelt es sich bei diesen Zuwanderern um eine - gemessen an der gesamten Wohnbevölkerung der Bundesrepublik - relativ kleine Gruppe, die in repräsentativen Bevölkerungsstichproben in der Regel nur mit kleinen Fallzahlen vertreten ist. Zum zweiten stellen „Aussiedler“ fast 40 % dieser Zuwanderer; da diese Personen in der Regel einen deutschen Pass erhalten, können sie jedoch von der amtlichen Statistik nicht ohne weiteres als Zuwanderer identifiziert werden.

Im Jahre 1995 betrug der Anteil der Personen in Haushalten mit Zuwanderern seit 1984 an der gesamten Wohnbevölkerung in Deutschland rund 5 %; bezogen auf Westdeutschland waren dies sogar über 6 %².

Betrachtet man nur die alten Bundesländer, die fast alle Zuwanderer, die von außerhalb Deutschlands kamen, aufgenommen haben, so sind auch "Übersiedler" aus der DDR eine wichtige "Zuwanderergruppe"; ebenso "Ost-West-Umzieher", die ihren Wohnsitz seit der Wiedervereinigung nach Westdeutschland verlegt haben. Auch diese Ost-West-Mobilität wird von der amtlichen Statistik nur unbefriedigend erfaßt³.

² Eigene Fortschreibung von Schulz (1994).

³ Gleiches gilt für Mobilität von West- nach Ostdeutschland, die hier jedoch nicht betrachtet wird.

Alle Zuwanderer, einschließlich der Personen aus der DDR bzw. Ostdeutschland, die seit 1984 nach Westdeutschland gekommen sind, machen etwa 8 % der westdeutschen Bevölkerung aus. Dieser Anteil ist größer als der Anteil der "klassischen Gastarbeiter" und ihrer Familien, die im allgemeinen schon vor 1984 hier lebten; diese stellen nur etwa 5 % der westdeutschen Wohnbevölkerung.

Die "Zuwanderer-Stichprobe" des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann die "statistische Lücke" in Bezug auf Zuwanderer zum Teil schließen. Da es sich bei dem SOEP um keine amtliche Erhebung handelt (vgl. Projektgruppe Panel 1995, Wagner et al. 1994), stellt es kein Problem dar, nach dem "Zuwanderungsstatus" der Survey-Teilnehmer zu fragen. Auf diese Weise sind nicht nur Aussiedler identifizierbar, sondern auch andere Zuwanderer-Gruppen. Die Zuwanderer-Stichprobe des SOEP wurde mit über 500 Befragungshaushalten, in denen rund 1.600 Personen leben, von denen über 1.000 Erwachsene persönlich befragt wurden, so dimensioniert, daß eigenständige Analysen der Zuwanderer möglich sind, die seit 1984 (dem Beginn der SOEP-Erhebung) nach Westdeutschland gekommen sind (vgl. Schupp und Wagner 1995; Burkhauser et al. 1996).

Mit der bereits im Jahre 1984 gestarteten "Ausländer-Stichprobe" des SOEP (die die wichtigsten Anwerbeländer umfaßt, d.h. Italien, Griechenland, ehemaliges Jugoslawien, Spanien und die Türkei) können zusätzlich Personen als Zuwanderer identifiziert werden, die hauptsächlich im Zuge des "Familiennachzugs" seit 1984 nach Westdeutschland gekommen sind (für Details vgl. den Anhang). Mit dem Einbezug dieser Gruppe gehen die folgenden Ausführungen über die bislang auf Basis des SOEP vorgelegten Zuwanderer-Analysen hinaus (vgl. insbesondere Weick 1996).

Im folgenden werden nur Zuwanderer nach Westdeutschland betrachtet, da der Zuwandereranteil in Ostdeutschland vernachlässigbar gering ist. Untersucht werden Zuwanderer, die seit 1984 nach Westdeutschland gekommen sind; von denen sind rund drei

Viertel jedoch erst auch 1988 zugewandert. Unterschieden wird in

- Übersiedler, die bis zum Zeitpunkt der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion aus der DDR nach Westdeutschland übersiedelt sind (also bis zum Juni 1990 einschließlich),
- Ost-West-Umzieher, die seit dem Juni 1990 aus den Neuen Bundesländern nach Westdeutschland gezogen sind⁴,
- Aussiedler, die aus der ehemaligen Sowjetunion, Rumänien und Polen nach Westdeutschland kamen,
- Asylbewerber und Flüchtlinge⁵,
- Zuwanderer aus den klassischen Anwerbeländern einschließlich Familiennachzug in bereits in Deutschland bestehende Haushalte⁶. In dieser Gruppe sind insbesondere auch Kriegs-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien enthalten.
- Sonstige Zuwanderer, bei denen es sich um eine sehr heterogene Gruppe handelt⁷. So sind Deutsche, die nach einem zeitweiligen Auslandsaufenthalt wieder nach Deutschland in einen bestehenden Haushalt zurückgekehrt sind oder einen neuen Haushalt gegründet haben ebenso enthalten wie Zuwanderer aus der Europäischen Union und einige wenige Zuwanderer, z.B. Wissenschaftler, Künstler und Sportler, die aus dem übrigen Ausland zuwandern konnten, ohne einer der o.g. Gruppen zugeordnet werden zu können. Eine Detailanalyse würde die Fallzahlen des SOEP jedoch überfordern; daher werden diese „sonstigen Zuwanderer“ in den folgenden Tabellen gewissermaßen nur „nachrichtlich“ ausgewiesen und nicht interpretiert.

Analysiert werden können - dem generellen Erhebungskonzept des SOEP folgend - nur Zuwanderer, die in Privathaushalten leben.

⁴ Dabei werden Beobachtungen aus den SOEP-Teilstichproben C und D gepoolt (vgl. auch den Anhang).

⁵ Um die Akzeptanz der Befragung nicht zu gefährden, wird im SOEP nicht danach gefragt, ob ein Asylbegehren bereits erfolgreich abgeschlossen wurde (einschließlich Duldung bzw. De-facto-Flüchtlingsstatus) oder ob das Verfahren noch läuft. Unter dem Rubrum „Asylbewerber/Flüchtlinge“ werden in diesem Papier daher folgende Gruppen gezählt: Asylbewerber, Asylberechtigte und deren Angehörige, Kontingentflüchtlinge, De-facto-Flüchtlinge und heimatlose Ausländer (vgl. Schulz et al. 1993, S.14).

⁶ Diese Beobachtungen stammen aus der SOEP-Teilstichprobe B.

⁷ Diese Beobachtungen stammen aus den SOEP-Teilstichproben A und D.

Insbesondere Asylbewerber und Flüchtlinge, die in Heimen leben (dabei z.T. von Abschiebung bedroht sind und zurückreisen werden), sind in den Auswertungen also nicht enthalten⁸. Man kann die untersuchte Zuwandererpopulation dadurch charakterisieren, daß es sich um diejenigen Zuwanderer handelt, die eine längerfristige Absicht haben, in Deutschland zu bleiben und die deswegen in Privathaushalte gezogen sind. Die Ausnahme können hierbei insbesondere Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien sein, die nur vorübergehend bleiben wollen.

Abbildung 2 zeigt die Struktur der Zuwanderer, die seit 1984 gekommen sind und Ende 1995 noch in Westdeutschland leben (zu den methodischen Problemen der Berechnung dieser Struktur vgl. den Anhang).

2 Charakterisierung der Zuwandererpopulation im SOEP

Während die Herkunft der Aussiedler, Übersiedler/Ost-West-Umzieher sowie der Familiennachzieher aus den Anwerbeländern klar ist, interessiert das Herkunftsland von Asylbewerbern/Flüchtlingen in besonderer Weise. Bei letzterer Gruppe handelt es sich in erster Linie um Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (40% der Gruppe); hinzu kommen Zuwanderer aus Polen (10%) und der ehemaligen Sowjetunion (ebenfalls etwa 10%). Der Rest verteilt sich in der SOEP-Stichprobe im wesentlichen auf den Irak, Iran, Vietnam, Eritrea und Angola. Insofern wird mit dieser Population offensichtlich nicht das typische Asylbewerber-Spektrum abgedeckt, da es sich - wie oben ausgeführt - nur um die „erfolgreichen“ Asylbewerber bzw. asylberechtigten Flüchtlinge handelt, die bereits in privaten Haushalten leben.

⁸ Diese Selektion sollte zur Vorsicht bei der Interpretation des "Zuwanderungsverhaltens" Anlaß geben (vgl. dazu Weick 1996, S. 1-2; Bauer und Zimmermann 1995a).

Während Aussiedler und Übersiedler definitionsgemäß eine permanente "Aufenthaltserlaubnis" haben, da sie deutsche Staatsbürger sind, ist der Anteil von Asylbewerbern/Flüchtlingen und sonstigen Zuwanderern, der nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis hat, von Interesse. Bei den Asylbewerbern sind dies knapp 60 %, bei den sonstigen nicht-deutschen Zuwanderern allerdings weniger als die Hälfte.

Der Weg der Einreise von Zuwanderern ist mit dem SOEP nur bedingt analysierbar, da definitionsgemäß nur solche Zuwanderer in der Stichprobe enthalten sind, die in einem Privathaushalt leben. Bezogen auf diese Zuwandererpopulation zeigt sich, daß knapp die Hälfte der Übersiedler zuerst in ein Aufnahmelager kam, fast 80 % der Aussiedler, weniger als 10 % der sonstigen Zuwanderer und - was überraschen mag - nur etwas über die Hälfte der Asylbewerber/Flüchtlinge. Der niedrige Anteil in der letztgenannten Gruppe, der seinen Aufenthalt in Deutschland in einem Aufnahmelager begann, liegt vor allem darin begründet, daß über die Hälfte der Asylbewerber/Flüchtlinge, die in Privathaushalten leben, als Familienangehörige nach Deutschland gekommen sind. Die Einreise erfolgte also erst, nachdem ein Asylantrag bzw. eine Flucht erfolgreich beendet wurde⁹. Der Anteil der im Familienzusammenhang Eingereisten ist bei den Übersiedlern erwartungsgemäß mit rund einem Drittel eher gering; bei Zuwanderern aus den Anwerbeländern bzw. bei Aussiedlern liegt dieser Wert bei 60 % bzw. zwei Drittel; bei den sonstigen Zuwanderern bei etwa 40 %.

Ein „weicher“ Indikator für mangelnde Unterstützung bei der Integration in die westdeutsche Gesellschaft ist die Information, ob ein erwachsener Zuwanderer vor seiner Einreise Kontakt mit Personen (Verwandten oder Bekannten) in Deutschland hatte. Dies gilt für rund 70 % der Übersiedler und Aussiedler sowie - was ebenfalls nicht überrascht - für über die Hälfte

9 Dies zeigen auch aggregierte Statistiken. Neben 100 Tausend Asylberechtigten, die zum Jahresende 1992 in Westdeutschland lebten, gab es weitere 130 Tausend „Angehörige von Asylberechtigten“; letztgenannte Gruppe umfaßt somit etwa 55% des genannten Personenkreises (vgl. Schulz et al. 1993, S.14).

der sonstigen Zuwanderer. Nur etwa 30 % der Asylbewerber/Flüchtlinge geben derartige Kontakte an. Wenn Kontakte mit Personen in Deutschland bestanden, dann ziehen Zuwanderer zu über zwei Dritteln an den Wohnort der Bekannten. Besonders hoch ist der Anteil bei Asylbewerbern/Flüchtlingen mit fast 90 %.

Die Heterogenität zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen offenbart sich auch beim Vergleich der Rückkehrabsichten ins Heimatland: "Ganz sicher" in das Heimatland zurück will kein einziger der Aussiedler in der Stichprobe, und nur 4 % der Übersiedler. Weit höher sind die Anteile bei Zuwanderern aus den Anwerbeländern mit rund 30 % sowie bei Asylbewerbern/Flüchtlingen bzw. sonstigen Zuwanderern, bei denen jeder Sechste bzw. jeder Fünfte ganz sicher in seine Heimat zurückkehren will. Die großen Unterschiede in den Rückwanderungsabsichten lassen sich auch im Anteil derjenigen erkennen, die "ganz sicher nicht" in ihr Heimatland zurückkehren wollen. Dies sind über 90 % der Aussiedler und rund 70 % der Übersiedler, jedoch nur etwas weniger als die Hälfte der Asylbewerber/Flüchtlinge und lediglich jeder siebte in der Gruppe der Zuwanderer aus den Anwerbeländern.

Die Frage nach der Absicht innerhalb der nächsten zwei Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, ist für Über- und Aussiedler nicht sinnvoll zu beantworten. Für die anderen Zuwanderergruppen zeigt sich, daß insbesondere Asylbewerber/Flüchtlinge mit einem Anteil von über 50 % die deutsche Staatsangehörigkeit weit eher erlangen wollen (Zusammenfassung der Kategorie „ganz sicher“ bzw. „wahrscheinlich“) als Zuwanderer aus den Anwerbeländern und sonstige Zuwanderer mit jeweils rund einem Drittel. Entsprechend ungleich verteilt ist die Absicht, "ganz sicher nicht" die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen: Während dies bei nur etwa einem Viertel der Asylbewerber/Flüchtlinge der Fall ist, liegen die entsprechenden Anteile bei den Zuwanderern aus den

Anwerbeländern bei gut 40 % und bei den sonstigen Zuwanderern bei über 50 %.

Die Frage nach deutschen Sprach- und Schreibkenntnissen wird nur für Aussiedler, Asylbewerber/Flüchtlinge, Personen aus den Anwerbeländern und sonstige Zuwanderer ausgewertet¹⁰. Nach Angaben der Befragten können lediglich 6 % der Aussiedler nur "schlecht" oder „gar nicht“ Deutsch sprechen. Dieser Anteil ist vergleichbar mit dem bei sonstigen Zuwanderern, jedoch deutlich niedriger als bei Asylbewerbern/Flüchtlingen mit knapp einem Drittel und rund 13 % bei den aus den Anwerbeländern zugewanderten Personen. Auf der anderen Seite gibt fast ein Drittel der Asylbewerber/Flüchtlinge an, "sehr gut" oder "gut" Deutsch sprechen zu können; bei den Aussiedlern sind es 60 %. Eine genauere Analyse der Sprachkenntnisse von Aussiedlern nach dem Herkunftsland zeigt, daß es insbesondere Aussiedler aus Rumänien sind, die nach eigener Einschätzung "(sehr) gut" Deutsch sprechen (rund 90 %), während dieser Anteil bei Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion und Polen mit rund 50 % deutlich kleiner ist.

Die Verteilung der deutschen Schreibkenntnisse ähnelt der der Sprachkenntnisse; jedoch liegt der Anteil der mindestens „gut“ Deutsch Schreibenden in den einzelnen Subgruppen erwartungsgemäß um jeweils 5 bis 10 Prozentpunkte niedriger.

3 Vergleichende Analyse

Im Folgenden werden die einzelnen Zuwanderergruppen mit der "Bestandsbevölkerung" verglichen, die bereits im Jahre 1984 in Deutschland lebte. Diese Bestandsbevölkerung wird zum ersten in Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand in West- und Ost-

¹⁰ Ein Vergleich der Sprachkenntnisse der ursprünglich angesprochenen Haushalte (Interviewereinschätzung) mit den Sprachkenntnissen der am SOEP teilnehmenden Haushalte gibt keine Hinweise darauf, daß die befragten Asylbewerber und Flüchtlinge (sowie sonstige hier nicht ausgewiesene ausländische Zuwanderer) aufgrund von Sprachproblemen beim Interview eine verzerrte Auswahl darstellen.

deutschland unterschieden; hinzu kommen zum zweiten Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand aus den "Hauptanwerbeländern" der sogenannten Gastarbeiter; also aus Italien, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien, Spanien und der Türkei.

Analysiert wird eine Vielzahl von Indikatoren, die für vier Populationen errechnet werden: Alle Personen in privaten Haushalten; erwachsene Personen ab 16 Jahren; 16-65-jährige Personen, die gewissermaßen die "aktive Bevölkerung" abgrenzen; sowie alle privaten Haushalte¹¹. Tabelle A-2 im Anhang zeigt zentrale Fallzahlen für die dargestellten Populationen.

3.1 Demographische Indikatoren

Tabelle 1 zeigt im oberen Teil ausgewählte Indikatoren für alle Personen in privaten Haushalten. Bei Zuwanderern handelt es sich - erwartungsgemäß - um eine überdurchschnittlich junge Population (der Gesamtdurchschnitt beträgt 38 Jahre); dabei stechen mit einem Durchschnittsalter von 24 Jahren "Familien-nachzieher" aus Anwerbeländern und mit einem Alter von 27 Jahren Asylbewerber/Flüchtlinge besonders ins Auge. Insgesamt ist die Zuwandererpopulation mit durchschnittlich weniger als 30 Jahren um etwa 10 Jahre jünger als der Bestand an Deutschen; und um etwa 5 Jahre jünger als der Ausländerbestand in Westdeutschland.

Freilich heißt das niedrige Durchschnittsalter nicht, daß keinerlei alte Menschen zuwandern: Gleichermäßen bei Übersiedlern bis Juni 1990, Aussiedlern und Asylbewerbern/Flüchtlingen beträgt der Anteil 66jähriger und Älterer etwa 4 % (ebenso wie im Ausländerbestand); dies ist freilich nur ein Viertel dessen,

¹¹ Haushalte der "Bestandsbevölkerung" umfassen nur Haushalte ohne jegliche Zuwanderer. Hingegen können in Zuwanderer-Haushalten auch solche Personen enthalten sein, die selbst nicht zugewandert sind. Im Rahmen der folgenden Analysen werden diese Personen jedoch als Zuwanderer behandelt und derjenigen Subgruppe zugewiesen, der die faktischen Zuwanderer im Haushalt angehören.

was im deutschen Bevölkerungsbestand beobachtet wird. Lediglich aus den Anwerbeländern wandern im Rahmen des Familiennachzuges nur extrem wenige Ältere zu.

Einen ebenfalls großen Unterschied in der Altersstruktur von Zuwanderern und dem Bevölkerungsbestand findet man bei den unter 40jährigen; diese machen bei den Zuwanderern mehr als 70 % aus, während ihr Anteil im Bevölkerungsbestand (gleichermaßen bei Deutschen und Ausländern) nur etwas über 50 % beträgt.

Im unteren Teil von Tabelle 1 sind Indikatoren zur Struktur der privaten Haushalte in Deutschland dargestellt. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt 2,3 Personen, was auch nahezu exakt den Durchschnittswerten der Bestandsbevölkerung in Ostdeutschland entspricht. Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand in Westdeutschland sind mit 2,2 Personen die kleinsten beobachteten Haushalte. Alle Zuwanderergruppen leben in größeren Haushalten, wobei allerdings Ost-West-Umzieher nach oben nicht signifikant vom Durchschnitt abweichen. Die ausländische Bestandsbevölkerung weist mit 2,8 Personen im Durchschnitt bereits eine größere Nähe zum "typischen deutschen Haushalt" auf als Aussiedler, Zuwanderer aus den Anwerbeländern und Asylbewerber/Flüchtlinge, die in Haushalten mit 3,5 und 3,7 Personen leben. Hier wird deutlich, daß diese Zuwanderergruppen oft im Haushaltsverband gewandert sind; außerdem bietet das Leben in großen Haushalten wirtschaftliche Vorteile ("economies of scale"), die sich einkommensschwache Zuwanderer zu Nutze machen.

Betrachtet man weiterhin die Haushaltstypologie, so fällt auf, daß etwa ein Drittel aller Haushalte in Deutschland Ein-Personen-Haushalte sind. Wiederum weicht die deutsche Bestandsbevölkerung in West- und Ostdeutschland nur wenig von diesem Durchschnittswert ab: Der Anteil ist in Westdeutschland etwas höher und in Ostdeutschland etwas niedriger. Im Einklang mit dem niedrigeren Durchschnittsalter gibt es weniger verwitwete

Personen bei den Zuwanderern, wodurch wiederum der Anteil der Ein-Personen-Haushalte geringer ausfällt. Wie bereits die durchschnittliche Haushaltsgröße hat erwarten lassen, ist dieser Wert für Aussiedler, Asylbewerber/Flüchtlinge und aus den Anwerbeländern Zugewanderte weit unterdurchschnittlich. Umgekehrt ist der Anteil der Mehr-Generationen-Haushalte mit 4 % bis 7 % bei diesen drei Subgruppen überdurchschnittlich hoch, was als Beleg für die größere Bedeutung des Familienverbandes in diesen Bevölkerungsgruppen gewertet werden kann.

Etwa 40 % aller privaten Haushalte in Deutschland sind in Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern zu finden und knapp 20 % in Großstädten mit 500.000 Einwohnern und mehr. Die Zuwanderergruppen verteilen sich sehr unterschiedlich nach Gemeindegrößenklassen: während die ausländische Bestandsbevölkerung mit fast 30 % weit überdurchschnittlich häufig in Großstädten lebt, gilt dies nicht für Aussiedler, jedoch für Asylbewerber/Flüchtlinge.

3.2 Wohnsituation und Wohnkosten

Wohnen ist ein Grundbedürfnis; insofern kommt der Wohnsituation auch eine zentrale Bedeutung für das Verhalten und Wohlbefinden der Menschen zu.

Die durchschnittliche Wohnfläche aller privaten Haushalte in Deutschland beträgt etwa 86 qm (Tabelle 2). Deutlich über dem Durchschnitt liegen die Haushalte der deutschen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland (92 qm); dies ist u.a. mit dem höheren Eigentümeranteil in dieser Gruppe zu erklären (siehe unten). Entsprechend gestaltet sich auch die Verteilung der Zahl der Wohnräume.

Diese beiden Indikatoren sind jedoch ohne Bezug auf die Zahl der jeweils in der Wohnung lebenden Haushaltsmitglieder nur eingeschränkt aussagefähig. Daher wird zusätzlich als "Wohnraumunterversorgung" eine Situation bezeichnet, in der in einem Haushalt weniger als ein Wohnraum (bis 6 qm) pro Person zur Verfügung steht. Bei der Auswertung dieses Versorgungsindikators springt ins Auge, daß weit über zwei Drittel der Asylbewerber/Flüchtlinge in "Wohnraumunterversorgung" leben, während dies für den Bevölkerungsdurchschnitt nur etwa 17 % sind. In der westdeutschen Bestandsbevölkerung sind nur etwas über 10 % mit Wohnraum unterversorgt; dieser Anteil beträgt in Ostdeutschland über 20 %; im Ausländer-Bevölkerungsbestand in Westdeutschland ist es über ein Drittel. Während Übersiedler und Ost-West-Umzieher ihre Einkommensposition - im Vergleich zu den in Ostdeutschland Gebliebenen - durch den Umzug nach Westen deutlich verbessern können (vgl. Abschnitt 3.5 unten), trifft dies bei der Wohnraumversorgung nur bedingt zu; beide Gruppen weisen fast so hohe Wohnraumunterversorgungsquoten auf wie die ostdeutsche Bestandsbevölkerung. Aussiedler, Asylbewerber/Flüchtlinge und Zuwanderer aus den Anwerbeländern liegen mit Unterversorgungsquoten von rund 50 % bis fast 80 % noch weit über dem Ausländer-Bevölkerungsbestand in Westdeutschland.

Diese deutlich schlechtere Wohnflächenversorgung schlägt sich auch in der subjektiven Bewertung der Wohnungsgröße nieder: Insbesondere Aussiedler, Zuwanderer aus den Anwerbeländern bzw. Asylbewerber/Flüchtlinge schätzen ihre Wohnung zu 34 %, 38 % bzw. 44 % als „zu klein“ ein (gesamter Bundesdurchschnitt 18 %).

Der westdeutsche Wohnungsmarkt benachteiligt mobile Personen, da neu abgeschlossene Mietverträge ceteris paribus eine höhere Brutto-Kaltmiete aufweisen als bereits länger bestehende Mietverträge. Insofern ist es nicht überraschend, daß fast alle Zuwanderergruppen aufgrund der relativ kurzen Wohndauer überdurchschnittliche Brutto-Kaltmieten zahlen müssen (von deutlich über 10 DM pro qm), obwohl sie überdurchschnittlich häufig in

den tendenziell preiswerteren Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus leben. Lediglich Aussiedler zahlen eine ähnlich hohe Miete wie die westdeutsche Bestandsbevölkerung; auch in der räumlichen Verteilung unterscheiden sich diese beiden Gruppen nur wenig. Nicht überraschend ist das niedrigere Mietenniveau in Ostdeutschland.

Insgesamt schwanken die durchschnittlichen Bruttokaltmieten (mit Ausnahme der Mieten in Ostdeutschland) nur geringfügig; dies gilt überraschenderweise auch für die Mietbelastungsquoten, hier gemessen als Anteil der Brutto-Kaltmiete am gesamten Haushalts-Nettoeinkommen. Insgesamt beträgt diese Belastungsquote etwa 23 %; dieser Durchschnitt wird von der vergleichsweise niedrigen Quote von 18 % in Ostdeutschland stark beeinflusst. In deutschen Bestandshaushalten in Westdeutschland beträgt die Mietbelastungsquote knapp ein Viertel des Netto-Haushaltseinkommens; diese Werte sind für die ausländische Bestandsbevölkerung sowie für Übersiedler, Ost-West-Umzieher und Aussiedler ähnlich hoch. Weit überdurchschnittliche Mietbelastungsquoten werden aufgrund der extrem schlechten Einkommensposition (vgl. Abschnitt 3.5 unten) nur für Asylbewerber/Flüchtlinge mit etwas über 30 % beobachtet.

Keineswegs überraschend ist der sehr niedrige Anteil der Zuwanderer, die in selbstgenutztem Wohneigentum leben. Die seit langem in der Bundesrepublik lebende Ausländerbevölkerung hat hingegen im Rahmen ihrer Integrationsbemühungen diesen Anteil schon fast auf das ostdeutsche Niveau von etwa einem Viertel anheben können. Umgekehrt profitieren etwa 40 % der zu Miete wohnenden Aussiedler- und Asylbewerber/Flüchtlingshaushalte vom sozialen Wohnungsbau; im Durchschnitt aller Haushalte beträgt dieser Anteil etwa 13 %.

Unter Berücksichtigung der gleichzeitig höheren Wohngeldbezugsquote der Zuwanderer (insbesondere bei Aussiedlern mit 24 % sowie bei Asylbewerbern mit 34 %; siehe Tabelle 5) zeigt sich

insgesamt eine deutliche Schlechterstellung von Zuwanderern bei der Wohnsituation im Vergleich zur Bestandspopulation.

3.3 Qualifikationsniveau

Nicht nur für die kurzfristige Arbeitsmarktintegration, sondern auch für die langfristige gesellschaftliche Integration der Zuwanderer selbst und ihrer Kinder, spielt das Qualifikationsniveau (Schul- und Ausbildungsabschluß) eine große Rolle (vgl. Tabelle 3).

Während in der Gesamtbevölkerung etwa 6 % keinen Schulabschluß aufweisen, ist dieser Anteil bei der ausländischen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland und bei der dieser Gruppe recht ähnlichen Population der Zuwanderer aus den Anwerbeländern mit etwa einem Viertel sehr hoch; keine andere Gruppe erreicht diesen großen Anteil von Erwachsenen ohne Schulabschluß. Freilich ist der Anteil bei Aussiedlern und Asylbewerbern/Flüchtlingen mit 17 % auch beachtlich hoch; den niedrigsten Wert weisen Ostdeutsche auf; dies gilt sowohl für die Bestandsbevölkerung als auch für die vom Osten nach Westen Mobilien.

Völlig anders stellt sich die Situation für den höchsten Schulabschluß (Fachhochschulreife oder Abitur oder ähnliche Abschlüsse) dar. Etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung hat einen derartigen Schulabschluß. Den niedrigsten Anteil weist die Gruppe der Zuwanderer aus den Anwerbeländern mit weniger als 10 % auf. Ebenfalls unterdurchschnittliche Anteile hoch Qualifizierter finden sich in der ausländischen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland sowie bei Übersiedler aus der DDR, gefolgt von Ostdeutschen und Aussiedlern. Mit etwa einem Fünftel haben Asylbewerber/Flüchtlinge hingegen einen überraschend hohen Anteil an Personen mit höherem Schulabschluß, der dem in der Bestandsbevölkerung praktisch entspricht.

Die Polarität im Qualifikationsniveau von Asylbewerbern/Flüchtlingen wird noch deutlicher, wenn man den Anteil derjenigen betrachtet, die einen Fachhochschul- bzw. Universitätsabschluß haben. Für die Gesamtbevölkerung beträgt dieser Anteil etwa 12 Prozent, welche auch für die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland sowie die Ost-West-Wanderer gemessen werden. Die niedrigsten Anteile weisen - erwartungsgemäß - die ausländische Bestandsbevölkerung in Westdeutschland und Zuwanderer aus den Anwerbeländern auf sowie Ostdeutsche insgesamt. Mit 14 % ist der Anteil bei Aussiedlern überdurchschnittlich hoch (allerdings nicht signifikant vom Durchschnitt verschieden), während dieser Wert bei Asylbewerbern/Flüchtlingen mit knapp 20 % ungewöhnlich hoch ist.

3.4 Arbeitsmarktintegration

Der "haushaltsbezogene Arbeitslosigkeitsindex", der allen Personen eines Haushaltes zugeordnet wird, charakterisiert auf übersichtliche Weise die Erwerbs- und Arbeitslosigkeitssituation der Personen in privaten Haushalten in Deutschland (vgl. Tabelle 4). Der Index gibt den Anteil der Arbeitslosigkeitsmonate an allen "potentiellen Erwerbsmonaten" eines Haushaltes im Zeitraum Januar 1994 bis März 1995 an. Als potentiell erwerbstätig gelten alle Personen in Vollzeit, Teilzeit, geringfügiger Beschäftigung, nebenberuflicher Tätigkeit, Ausbildung sowie in registrierter Arbeitslosigkeit. Ein Index von Null bedeutet, daß in dem betreffenden Haushalt keine der Erwerbspersonen in der Untersuchungsperiode arbeitslos gemeldet war; während ein Index von 100 % entsteht, wenn alle Erwerbspersonen im gesamten Untersuchungszeitraum arbeitslos waren. Eine spezielle Ausprägung des Index ist "ohne jede Erwerbstätigkeit", falls im Untersuchungszeitraum keine Erwerbsperson im Haushalt lebte (insbesondere Rentnerhaushalte). Für Privathaushalte mit Erwerbspersonen besagt der Mittelwert von knapp 10 %, daß etwa ein Zehntel des "Erwerbspotentials" im Zeitraum von Januar 1994

bis März 1995 durch Arbeitslosigkeit nicht genutzt werden konnte.

Etwas über 15 % aller Personen konnten definitionsgemäß nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sein, da sie in Haushalten ohne Erwerbspersonen leben. Knapp 60 % aller Personen waren nicht von Arbeitslosigkeit betroffen; 13 % weisen einen Index zwischen einem und 25 % auf, 8 % einen Index von 26 bis 50 % und immerhin noch 4 % aller Personen leben in Haushalten mit einem Indexwert von über 50 %. Überraschenderweise am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen sind die Übersiedler, die bis Juni 1990 nach Westdeutschland kamen; sie machen zu fast 80 % keine Arbeitslosigkeitserfahrung¹², während die nächst besser gestellte Gruppe - die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland - nur zu etwa 63 % nicht von Arbeitslosigkeit betroffen war. Allerdings leben hier aufgrund der Altersstruktur auch überdurchschnittlich viele Personen in Nicht-Erwerbstätigen-Haushalten. Die Ausländer-Bestandsbevölkerung, Zuwanderer aus Anwerbeländern und Aussiedler sind im Hinblick auf die Nichtbetroffenheit von Arbeitslosigkeit mit Werten zwischen 59 % und 55 % vergleichbar, während die ostdeutsche Bestandsbevölkerung, Ost-West-Übersiedler und insbesondere Asylbewerber/Flüchtlinge Werte von z.T. deutlich unter 50% Nichtbetroffenheit aufweisen. Entsprechend findet man den höchsten Anteil der stark von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen (Indexwerte von 26 % und größer) bei den Asylbewerbern/Flüchtlingen mit über 40 %. Ein ebenfalls starkes Ausmaß der Arbeitslosigkeitserfahrung ist für die ostdeutsche Bestandsbevölkerung, Ost-West-Wanderer und Aussiedler mit jeweils rund einem Fünftel festzustellen, während die westdeutsche Bestandspopulation mit 8 % am besten abschneidet.

Im unteren Teil von Tabelle 4 werden nur Personen im Alter von 16 bis 65 Jahren betrachtet; diese gelten als die "potentielle

¹² Unter Umständen liegt hier eine Selektion vor, falls Personen dieser Gruppe beim Eintritt von Arbeitslosigkeit nach Ostdeutschland zurückkehren. Aus Fallzahlgründen kann dieser Aspekt mit dem vorliegenden Datenmaterial jedoch nicht geprüft werden.

Erwerbsbevölkerung". Im Bevölkerungsbestand dieser Gruppe sind etwas über 50% vollzeiterwerbstätig, etwa 9 % regulär teilzeiterwerbstätig und knapp 10 % "geringfügig erwerbstätig" (bis zu 14 Wochenstunden erwerbstätig, ohne Sozialversicherungspflicht). Die Vollzeiterwerbsquoten variieren in der Bestandsbevölkerung nur geringfügig; erwartungsgemäß liegen sie für die ostdeutsche Bestandsbevölkerung am höchsten.

Internationale Erfahrungen lehren, daß Zuwanderer jung und in höchstem Maße erwerbswillig sind; insofern sind Vollzeitquoten von über 63 % für Übersiedler und über 70 % für Ost-West-Umzieher erwartbar; während Vollzeiterwerbsquoten von nur 44 % für Aussiedler und gar nur 27 % für Asylbewerber/Flüchtlinge außergewöhnlich niedrig sind. Für diese Befunde dürfte ausschlaggebend sein, daß Aussiedler nicht ausschließlich aus ökonomischen Motiven zuwandern, sondern sehr oft im Familienverbund.

Für Asylbewerber/Flüchtlinge ist die Integration in den westdeutschen Arbeitsmarkt besonders schwierig, da dieser Zuwanderergruppe nur nachrangig eine Arbeitserlaubnis gewährt wird. Deswegen ist es auf der anderen Seite nicht überraschend, daß etwa ein Fünftel der Asylbewerber/Flüchtlinge "geringfügig beschäftigt" ist; hier dürften z.T. "schattenwirtschaftliche Aktivitäten" eine Rolle spielen, für die faktisch keine Arbeitserlaubnis notwendig ist. Umgekehrt zeigt dies, daß Asylbewerber/Flüchtlinge bereit sind, unter widrigen Arbeitsverhältnissen zu arbeiten, um im Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Dennoch ist der Anteil der arbeitslos Gemeldeten bei Asylbewerbern erwartungsgemäß mit über 20 % am höchsten, während für die westdeutsche Bestandsbevölkerung und Übersiedler nur etwa 5 % gemessen werden. Alle anderen Gruppen liegen mit Werten zwischen 10 % und 16 % auf einem vergleichbar überdurchschnittlichen Niveau.

Der individuelle Arbeitslosigkeitsindex mißt den Anteil der Monate mit gemeldeter Arbeitslosigkeit an allen potentiellen Er-

werbsmonaten im Untersuchungszeitraum. Die Verteilung der Werte dieses Indizes entspricht ungefähr der des haushaltsbezogenen Arbeitslosigkeitsindex, d.h. insbesondere Asylbewerber/Flüchtlinge, Aussiedler und die ostdeutsche Bestandspopulation sind die Haupt-Problemgruppen am Arbeitsmarkt.

Das Brutto-Erwerbseinkommen für Vollzeitbeschäftigte ist ein einfacher Indikator für den "Arbeitsmarkterfolg" der verschiedenen Gruppen von Erwerbstätigen. Das durchschnittliche Brutto-Monatserwerbseinkommen in der Gesamtbevölkerung beträgt etwa 4.400,-- DM. Die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland liegt mit 4.850,-- DM deutlich über dem Durchschnitt, während die Bestandsbevölkerung in Ostdeutschland mit 3.300,-- DM weit unter dem Durchschnitt liegt. Bei einer derartigen "gesamtdeutschen" Betrachtung liegt die ausländische Bestandsbevölkerung in Westdeutschland recht genau auf dem Durchschnittswert, von dem Übersiedler und Ost-West-Umzieher nur geringfügig nach unten abweichen. Weit unterdurchschnittliche Einkommen - jedoch sind sie nicht niedriger als die der ostdeutschen Bestandsbevölkerung - weisen Vollzeit erwerbstätige Aussiedler und Asylbewerber/Flüchtlinge auf. Letztere sind allerdings eine sehr kleine Gruppe.

Die durchschnittlichen, effektiven Wochenarbeitszeiten variieren nur geringfügig; der hohe Durchschnitt für die ostdeutsche Bestandsbevölkerung dürfte durch die höheren Tarifarbeitszeiten in Ostdeutschland bedingt sein.

Die "Qualität von Arbeitsplätzen" kann man durch den Anteil der Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen und dem Anteil von Nacht- und Sonntagsarbeitern messen. Etwas über 10 % aller Erwerbstätigen haben einen befristeten Arbeitsvertrag. Der Wert für die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland liegt mit 9 % nahe beim Durchschnitt; dies gilt auch für die ausländische Bestandsbevölkerung. Übersiedler weisen mit 8% einen leicht unterdurchschnittlichen Wert auf; während der Anteil in der ostdeutschen Bestandsbevölkerung sowie bei den

Ost-West-Umziehern und Aussiedlern bei 13% bis 16% ungefähr gleichartig über dem Durchschnitt liegt. Sehr auffällig ist, daß fast 50% der erwerbstätigen Asylbewerber/Flüchtlinge über einen befristeten Arbeitsvertrag verfügen.

Über 20 % der Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten auch nachts und sogar über 30 % auch an Sonntagen (allerdings werden hier auch Erwerbstätige dazugezählt, die lediglich unregelmäßig zu diesen Zeiten arbeiten). Wiederum entsprechen die Werte für die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland ungefähr den Durchschnittswerten; am stärksten weichen - überraschenderweise - Asylbewerber/Flüchtlinge ab, die zu weit unterdurchschnittlichen Anteilen von etwa 6 % bzw. 7 % auch nachts und an Sonntagen arbeiten. Dies spricht dafür, daß Asylbewerber/Flüchtlinge in nur wenigen, spezifischen Branchen tätig sind.

3.5 Haushaltseinkommen

Die Einkommenssituation von Personen wird nicht nur von ihren eigenen Einkommen bestimmt, sondern in Mehrpersonenhaushalten auch vom eventuellen Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder. Gleichwohl ist das Haushaltseinkommen als Wohlfahrtsindikator wenig aussagekräftig (vgl. Tabelle 5 oben), solange nicht für Unterschiede in Größe und Zusammensetzung der Haushalte kontrolliert wird. Dies kann durch das sogenannte Haushalts-Äquivalenzeinkommen erfolgen, welches ein verfeinertes "Pro-Kopf-Einkommen" darstellt. Im Gegensatz zum Pro-Kopf-Einkommen, bei dem jede Person gleich gewichtet wird, erhalten beim Äquivalenzeinkommen in großen Haushalten Personen niedrigere Gewichte, um Vorteile aus der Kostendegression zu berücksichtigen, die beim Wirtschaften in großen Haushalten bestehen. In der internationalen Literatur findet man eine Vielzahl von Vorschlägen für die "Gestaltung" von Äquivalenz-Skalen. Wir

folgen hier der in Deutschland üblichen Skala, die aus dem Bundessozialhilfegesetz abgeleitet ist¹³.

In Tabelle 5 unten wird die relative Einkommensposition basierend auf dem o.g. Äquivalenzeinkommen dargestellt. Normiert auf den Mittelwert für die Gesamtbevölkerung (Index = 100), haben Deutsche in Westdeutschland mit einem Durchschnittswert von 110 die deutlich beste Position inne. Umgekehrt liegt die Einkommensposition für Ostdeutsche mit etwas über 80 % weit unter dem gesamtdeutschen Mittelwert und ebenfalls noch unter der ausländischen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland mit über 85 %. Wie zu erwarten ist, weisen Zuwanderer unterdurchschnittliche Einkommenspositionen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung auf. Einzige Ausnahme bildet die stark selektive Gruppe von Ost-West-Wanderern, die nach dem Juni 1990 von Ostdeutschland nach Westdeutschland gezogen sind; diese Gruppe liegt - unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers - auf dem Durchschnitt. Übersiedler verfügen über ein Äquivalenzeinkommen von etwas über 90% des Gesamtdurchschnitts und haben damit erwartungsgemäß einen Vorsprung gegenüber der Bestandspopulation in Ostdeutschland. Weiter unterdurchschnittlich, auch in Bezug auf die "Alt-Zuwanderer", d.h. die Ausländer im westdeutschen Bestand, ist die Einkommensposition von Zuwanderern aus den Anwerbeländern (70 %), Aussiedlern (65 %) und Asylbewerbern/Flüchtlingen mit lediglich knapp 45 %.

Einen weiteren Einblick in die Einkommensverteilung gibt der Anteil der Personen, die unter 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen liegen, sowie zwischen 50% und 100%, zwischen 100% und 150% und über 150%. Internationalen Konventionen folgend bezeichnet man diejenigen in einer Bevölkerung als einkommensarm, die über weniger als 50% des durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens verfügen. Dies sind 11% für die ge-

¹³ Dabei wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt (Haushaltsvorstand) ein Gewicht von 1,0 zugewiesen, alle weiteren HH-Mitgliedern in Abhängigkeit vom Alter Gewichte zwischen 0,5 und 0,9. Zudem erhalten Haushalte von Alleinerziehenden mit Kindern bis zum vollendeten 7. Lebensjahr einen Zuschlag von 5 % des Eckregelsatzes des Haushaltsvorstandes, d.h. das Äquivalenzgewicht erhöht sich um 0,05.

samte Wohnbevölkerung (in privaten Haushalten) in Deutschland, wenn man den gesamten Einkommensdurchschnitt als Grundlage nimmt (die meisten in der Einkommensforschung veröffentlichten Zahlen beziehen sich auf das westdeutsche oder das ostdeutsche Durchschnittseinkommen).

Die Armutsquote ist für die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland mit knapp 8 % am niedrigsten; Übersiedler liegen mit 10 % nur wenig schlechter; die ausländische Bestandsbevölkerung in Westdeutschland, die ostdeutsche Bestandsbevölkerung und Ost-West-Umzieher sowie Zuwanderer aus den Anwerbeländern weisen mit 13 % bis 22 % bereits signifikant höhere Armutsquoten. Hingegen sind die Armutsquoten für Aussiedler und Asylbewerber/Flüchtlinge von anderer Qualität; etwa ein Drittel der Aussiedler und über zwei Drittel der Asylbewerber/Flüchtlinge müssen als einkommensarm bezeichnet werden.

Die Einkommenslage wird weiter verdeutlicht, wenn man den Anteil der Haushalte betrachtet, die angeben, Sozialhilfe oder Wohngeld zu beziehen (vgl. Tabelle 5 oben). Bezogen auf alle Haushalte sind dies 3 % und 7 %; erwartungsgemäß liegen die Anteile für die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland jeweils unter dem Durchschnitt. Der Anteil der Sozialhilfe-Haushalte variiert bei der Bestandsbevölkerung deutlich, jedoch nicht dramatisch; am höchsten ist der Anteil von Sozialhilfe-Haushalten bei der ausländischen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland (über 5 %). Größere Unterschiede gibt es beim Bezug von Wohngeld, das etwa 13 % aller Haushalte in Ostdeutschland beziehen; hier werden die entsprechenden Sonderregelungen wirksam und deutlich. Weit überdurchschnittliche Transferbezugsquoten weisen die Haushalte von Aussiedlern und Asylbewerbern /Flüchtlingen auf.

Die Probleme von Asylbewerbern/Flüchtlingen, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, drücken sich in einer Sozialhilfebezugsquote von über 50 % aus; diese Quote ist für

Aussiedler mit etwa 13 % auch noch beachtlich hoch. Beide Zuwanderergruppen weisen mit 24 % und 34 % Wohngeldbezug ebenfalls weit überdurchschnittliche Werte auf. Eine detaillierte Analyse belegt jedoch einen mit zunehmender Verbleibedauer in Deutschland signifikanten Rückgang dieser Transferabhängigkeit, so daß Sozialhilfe - mangels einer expliziten Eingliederungspolitik - auch als "Integrationshilfe" angesehen werden kann.

3.6 Subjektive Indikatoren

Subjektive Indikatoren zur Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und zur Lebenszufriedenheit werden im SOEP nur für 16jährige und ältere Personen erhoben (vgl. Tabelle 6).

Wie aus anderen Umfragen bekannt ist, machen sich mehr Personen Sorgen um die „allgemeine wirtschaftliche Entwicklung“ (ein Viertel der Gesamtbevölkerung macht sich darum „große“ Sorgen) als um die "eigene wirtschaftliche Entwicklung" (weniger als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung). Wie theoretisch zu erwarten ist, variiert in verschiedenen Gruppen der Anteil der Personen, die sich „große“ Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung machen, nur geringfügig um den Mittelwert von 25 %; allerdings schlägt eine schlechte eigene wirtschaftliche Situation auch auf das Ausmaß an Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung durch: So werden in der ausländischen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland, bei Asylbewerbern/Flüchtlingen und in der ostdeutschen Bestandsbevölkerung jeweils zu fast 30 % „große“ Sorgen geäußert.

Stark variieren - erwartungsgemäß - die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung. Weniger als 15 % der Bestandsbevölkerung in Westdeutschland macht sich hier große Sorgen, während sich auf der anderen Seite etwa 45 % der Asylbewerber/Flüchtlinge derartig besorgt äußern. Alle anderen

Gruppen liegen in einem durchaus vergleichbaren Bereich von 25 % bis gut 30 %.

Die Zufriedenheit mit dem Leben im allgemeinen sowie mit bestimmten Bereichen des Lebens wird im SOEP auf einer 11er Skala gemessen, bei der der Wert 0 für "ganz und gar unzufrieden" und der Wert 10 für "ganz und gar zufrieden" steht. Der Mittelwert¹⁴ für die Gesamtbevölkerung beträgt in allen Bereichen ungefähr 7 Punkte; nur die Zufriedenheit mit der Gesundheit (6,5 Punkte) und die Einkommenszufriedenheit (6,3 Punkte) weichen deutlich nach unten ab. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen und Lebensbereichen sind relativ gering, deswegen dominiert die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland auch die Durchschnittswerte.

Insgesamt weisen Asylbewerber/Flüchtlinge die niedrigsten Zufriedenheiten auf - mit Ausnahme der Gesundheitszufriedenheit, die mit 7,1 Punkten über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt; d.h. auch über dem Durchschnitt der Bestandsbevölkerung in West- und Ostdeutschland. Hier kommt insbesondere das niedrige Durchschnittsalter der Zuwanderer zum Ausdruck. Übersiedler, Aussiedler und Zuwanderer aus den Anwerbeländern weisen noch geringfügig höhere Gesundheitszufriedenheiten auf als Asylbewerber/ Flüchtlinge.

Asylbewerber/Flüchtlinge sind mit ihrem Haushaltseinkommen extrem unzufrieden (4,8 Punkte), gefolgt von der Bestandsbevölkerung in Ostdeutschland (5,5 Punkte). Erwartungsgemäß weist die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland die höchste Einkommenszufriedenheit auf (6,6 Punkte), während die ausländische Bestandsbevölkerung, Übersiedler, Ost-West-Umzieher und Aussiedler mit Werten um 6 Punkte auf dem gleichen Zufriedenheitsniveau liegen.

¹⁴ Der Sozialindikatoren-Literatur folgend berechnen wir Mittelwerte für die (ordinalen) Zufriedenheitsangaben (vgl. Zapf 1984).

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung ist der Vergleich der aktuellen Lebenszufriedenheit mit der erwarteten Zufriedenheit in 5 Jahren besonders aufschlußreich. Für die deutsche Bestandsbevölkerung zeigen sich kaum Unterschiede zwischen der aktuellen und der erwarteten Lebenszufriedenheit, während die Ausländer in Westdeutschland sowie alle Zuwanderergruppen in fünf Jahren eine höhere Lebenszufriedenheit erwarten, d.h. optimistisch in die Zukunft blicken. Besonders stark ausgeprägt ist der Zuwachs der „Zufriedenheits-Punkte“ für Asylbewerber/Flüchtlinge (von 6,3 Punkten auf 7,5 Punkte); am geringsten fällt diese Veränderung für die schon heute sehr zufriedenen Aussiedler (von 7,3 auf 7,6 Punkte) und Zuwanderer aus den Anwerbeländern (von 7,1 auf 7,3 Punkte) aus.

Anhang

Die amtliche Statistik stellt keine Eckzahlen zur Größe und der Struktur der hier betrachteten Zuwandererpopulation zur Verfügung. Schulz (1994) hat deswegen eine Schätzung der Zuwanderer, die seit 1984 nach Deutschland bzw. Westdeutschland gekommen sind und zum 31.12.1993 in Privathaushalten leben, erstellt. In diese Schätzung gehen aber insbesondere in Bezug auf die Haushaltsgröße der verschiedenen Zuwanderergruppen teilweise nur schwach empirisch gestützte Informationen ein.

Zwar orientiert sich die SOEP-Hochrechnung an den Schätzwerten von Schulz (vgl. dazu Rendtel und Daschke 1996), jedoch insbesondere im Hinblick auf die Haushaltsstruktur, die nicht in den Hochrechnungsrahmen einging, lohnt sich ein Vergleich der Strukturen mit denen des SOEP. Tabelle A-1 zeigt die Struktur der hier betrachteten Zuwanderer auf der Personen- und Haushaltsebene.

Die Personenstrukturen stimmen erwartungsgemäß recht gut überein; insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß die Abgrenzung zwischen "Asylbewerber/Flüchtling" und "Sonstiger Zuwanderer" nur schwer durchführbar ist.

Die Haushaltsstrukturen im SOEP und bei Schulz (1994) unterscheiden sich hauptsächlich deswegen, weil Schulz einen deutlich höheren Anteil an Asylbewerber/Flüchtlings-Haushalten schätzt. Betrachtet man diesen Anteil genauer, erkennt man, daß dieser Wert bei Schulz auf einer angenommenen Haushaltsgröße von 2,3 Personen beruht; diese Haushaltsgröße weicht deutlich von der im SOEP zu findenden Haushaltsgröße für diese Zuwanderergruppe von 3,7 Personen ab. Unter der Annahme, daß die SOEP-Erhebung an dieser Stelle zuverlässiger ist als die empirisch praktisch nicht gestützte Annahme von Schulz, kommt man zu einer "korrigierten Schulz-Verteilung", die in der letzten Spalte von Tabelle A-1 dargestellt ist. Diese Verteilung kommt der, die sich aus dem SOEP ergibt, deutlich näher. Darüber

hinaus muß berücksichtigt werden, daß im SOEP Zuwanderungen bis zum Frühjahr 1995 erfaßt werden, während die Schätzung von Schulz per Dezember 1993 gilt. Seitdem ist jedoch insbesondere die Zahl der Asylbewerber aufgrund der verschärften Rechtslage deutlich rückläufig, was ebenfalls zu dem niedrigeren Anteil dieser Gruppe im SOEP beiträgt.

Zusammenfassend sollte festgehalten werden, daß über die Verteilung bzw. das Gewicht einzelner Zuwanderergruppen in der deutschen Wohnbevölkerung weder aufgrund der amtlichen Statistik noch auf Basis des SOEP zuverlässige Angaben möglich sind. Die Analyse und Interpretation der SOEP-Ergebnisse sollte sich vielmehr auf die Unterschiede der erhobenen Indikatoren zwischen den einzelnen Zuwandererpopulationen konzentrieren.

Es sollte beachtet werden, daß die Analyse von Zuwanderern mit Hilfe des SOEP nicht nur auf Basis der Zuwandererstichprobe (Teilstichprobe D), sondern auch mit Hilfe aller anderen Teilstichproben (A bis C) möglich ist.

Die ursprünglichen Teilstichproben A und B umfassen Deutsche und Ausländer (hauptsächlich aus den Hauptanwerbeländern Italien, Griechenland, ehemaliges Jugoslawien, Spanien und Türkei), die bereits im Jahre 1984 in West-Deutschland lebten. In diesen Teilstichproben sind Zuwanderer enthalten, sofern sie in bereits bestehende SOEP-Haushalte gezogen sind. Dies trifft auf wenige Haushalte zu, deren Haushaltsvorstand deutscher Staatsangehörigkeit ist; aber relativ häufig auf Haushalte mit einem Haushaltsvorstand aus den Hauptanwerbeländern, da in diesem Bevölkerungsbestand oft „Familiennachzug“ stattfindet. Darüber hinaus sind in der Teilstichprobe C des SOEP, die im Juni 1990 auf dem Gebiet der damaligen DDR gestartet wurde, ab Juli 1990 Ost-West-Wanderer als Zuwanderer nach Westdeutschland identifizierbar.

Bezieht man alle Teilstichproben ein (vgl. Tabelle A-2), so erlaubt das SOEP für das Jahr 1995 die Analyse von 2.278

Personen (darunter 1.588 befragte Personen ab 16 Jahren und 1.538 befragte Personen im Alter von 16 bis 65 Jahren) in 726 privaten Haushalten mit mindestens einem Zuwanderer nach Westdeutschland seit 1984. Schließt man Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland aus (d.h. betrachtet man nur Zuwanderer ohne Übersiedler und Ost-West-Umzieher), so verbleiben 1.688 Personen in 498 Haushalten mit mindestens einem Zuwanderer aus dem Ausland. Mit 1.158 der Personen ab 16 Jahren wurde ein Interview realisiert; davon mit 1.120 Personen im Alter von 16 bis 65 Jahren¹⁵.

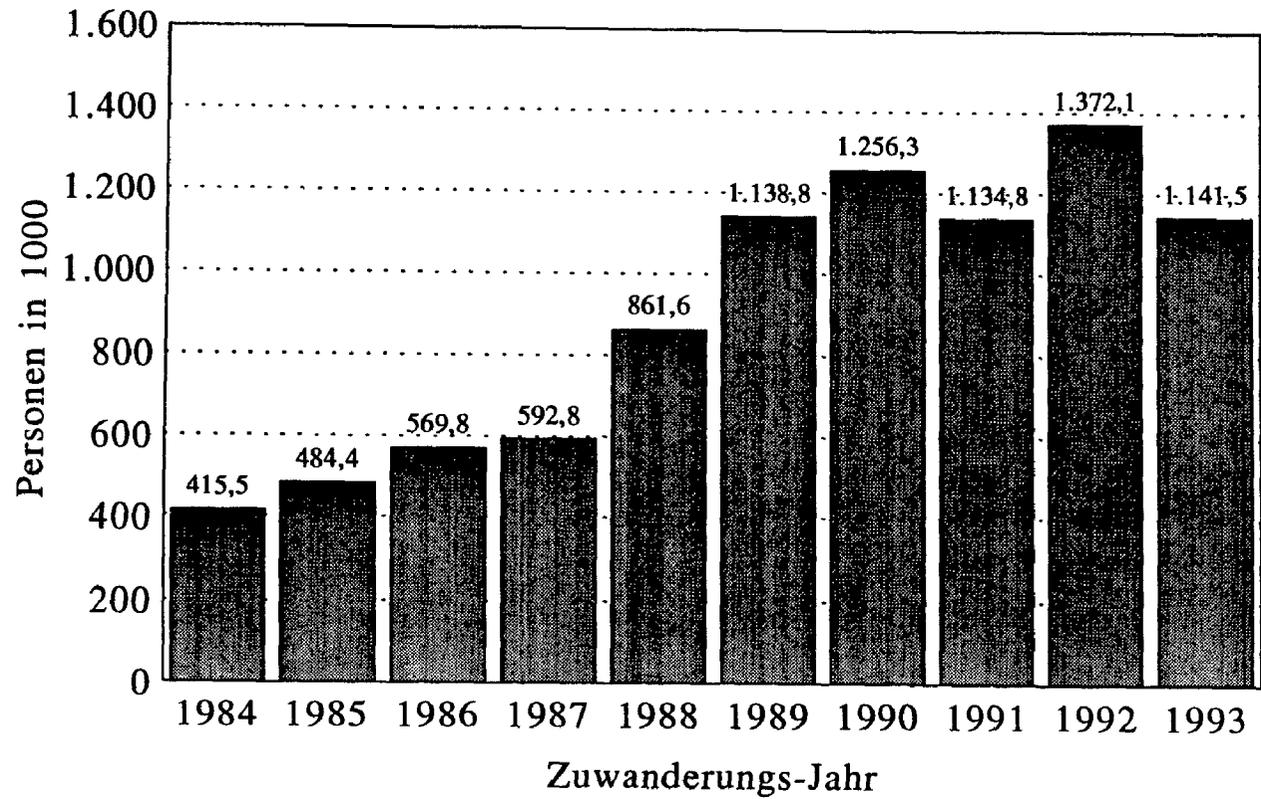
¹⁵ Betrachtet man lediglich die Personen in privaten Haushalten (d.h. ohne den Anstaltsbereich) mit *positivem* Hochrechnungsfaktor in der neuen Teilstichprobe D (Zuwandererstichprobe), dann stehen die Daten von insgesamt 401 Haushalten mit 1.233 Personen, darunter 849 Befragungspersonen ab 16 Jahren, für Analysezwecke zur Verfügung (nicht tabellarisch ausgewiesen). Die Zahl der faktischen Zuwanderer in dieser Teilstichprobe ist geringer als die Zahl der befragten Personen, da ein nennenswerter Anteil von rund 8% der Befragten bereits im Jahre 1984 in Deutschland lebte bzw. hier geboren wurde. Dieser Personenkreis ist dennoch in der Zuwandererstichprobe enthalten, da mindestens ein anderes Haushaltsmitglied seit 1984 nach Westdeutschland gezogen ist.

Literatur

- Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 1996: Arbeitsmarkt 1995, 44. Jg., Sondernummer, S. 27-29 und S.103-112.
- Bauer, Thomas und Klaus F. Zimmermann 1995a: Network Migration of Ethnic Germans, Discussion Paper No. 95-16 der Volkswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig Maximilian Universität, München.
- Bauer, Thomas und Klaus F. Zimmermann 1995b: Arbeitslosigkeit und Löhne von Aus- und Übersiedlern, in: V. Steiner und L. Bellmann (Hg.), Mikroökonomik des Arbeitsmarktes, BeitrAB 192, Nürnberg, S. 89-113.
- Bechtold, Sabine, Sarah Gießing und Roland Gnos (1990): Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11, S. 757-767.
- Burkhauser, Richard V., Michaela Kreyenfeld und Gert G. Wagner: The New Immigrant Sample of the German Socio-Economic Panel (GSOEP), Discussion Paper, Syracuse/New York.
- Frick, Joachim und Herbert Lahmann 1996: Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1995 - Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), in: DIW-Wochenbericht, Nr. 22-23/96, Berlin, S. 379-386.
- Gärtner, Christine 1990: Zur Lebenssituation ehemaliger DDR-Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, in: Nachrichtendienst des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 70 (4), S. 103-108.
- Infratest Sozialforschung 1994: Methodenbericht - SOEP'94 Zuwanderer-Befragung (Teilstichprobe D1), München.
- Infratest Sozialforschung 1996: Methodenbericht - SOEP'95 Zweitbefragung D1 - Erstbefragung D2, München.
- Koller, Barbara 1992: Integration in die Arbeitswelt des Westens - Zur beruflichen Eingliederung von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 25. Jg., Heft 2, S. 168-191.
- Koller, Barbara 1993: Aussiedler nach dem Deutschkurs, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26. Jg., Heft 2, S. 207-226.
- Landua, Kerstin und Erika Schulz 1996: Möglichkeiten und Grenzen von Survey-Daten im Rahmen demographischer Analysen: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) und seine neue Zuwanderererstichprobe, in: Galler, H.; G. Steinmann und G. Wagner (Hg.): Acta Demographica 1994-1996, Physica-Verlag Heidelberg, S. 137-158.
- Münz, Reiner und Ralf Ulrich 1996: Einwanderungsland Deutschland - eine demographische Analyse, Manuskript, Humboldt-Universität, Berlin.

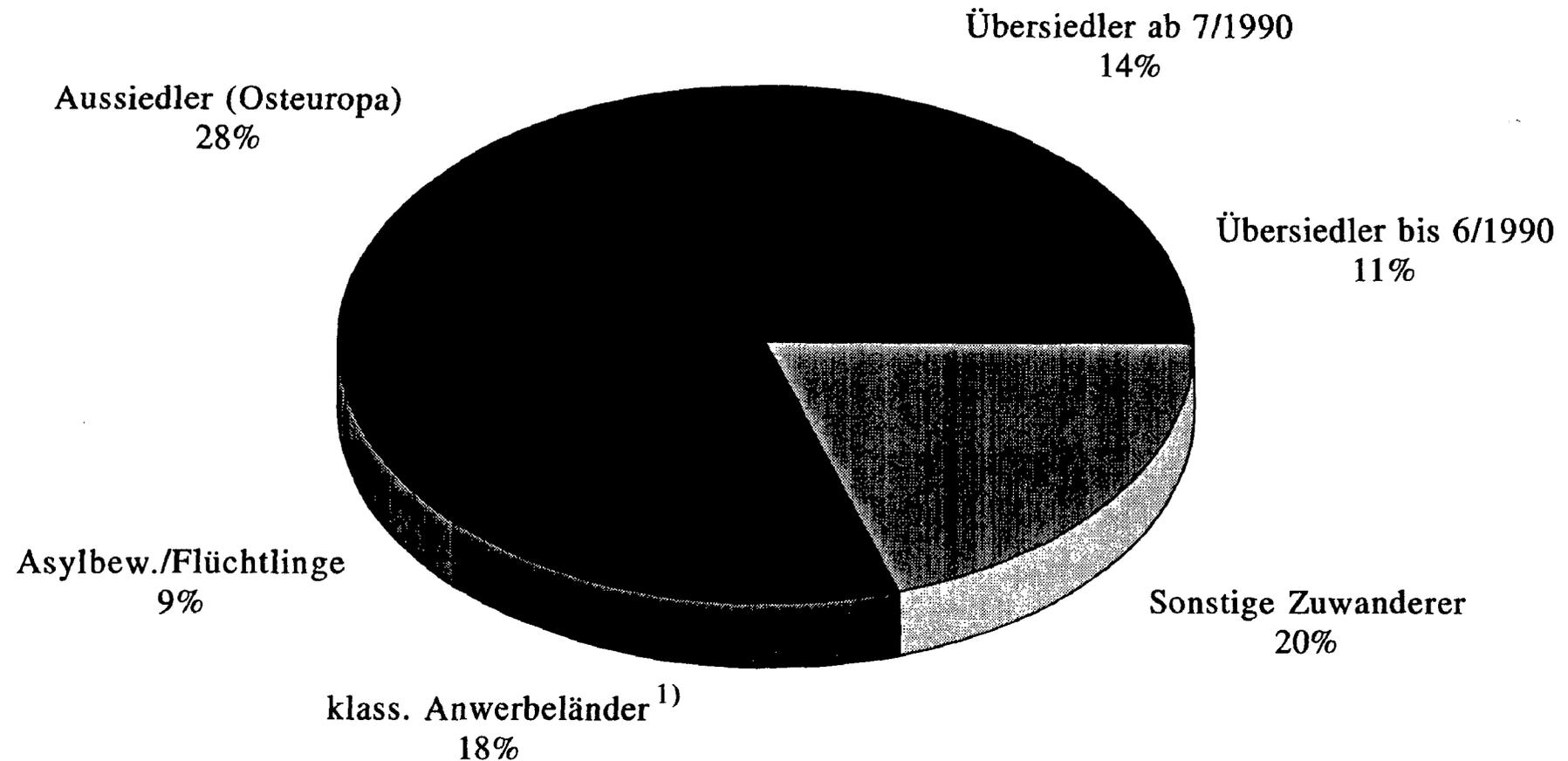
- Projektgruppe Panel 1995: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994, in: DIW-Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1, 64. Jg., S. 5-15.
- Rendtel, Ulrich und Stefan Daschke 1996: Die Gewichtung der Zuwanderer-Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), DIW-Diskussionspapier, Berlin
- Ronge, Volker 1985: DDR-Bürger im Westen, Wuppertal.
- Schulz, Erika 1994: Zuwanderungen der letzten 10 Jahre und Abschätzungen des Bestandes zum 31.12.1993, DIW-Diskussionspapier Nr. 99, Berlin.
- Schulz, Erika et al. 1993: Das Zuwanderer-Problem in Wiederholungsbefragungen am Beispiel des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), DIW-Diskussionspapier Nr. 71, Berlin.
- Schulz, Erika und Kerstin Seiring 1994: Integration deutscher Zuwanderer in den westdeutschen Arbeitsmarkt, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 61, Nr. 35, S. 609-617, Berlin.
- Schumann, Karl F. et al. 1990: Integration von Zuwanderern aus der DDR, in: Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 133, S. 249-263.
- Schupp, Jürgen und Gert Wagner 1995: Die Zuwanderer-Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), in: DIW-Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1, Jg. 64, S. 16-25.
- Voges, Wolfgang und Andreas Weber 1996: Armut und Sozialhilfebezug von Ausländern und Zuwanderern, in: W. Voges (Hg.): Kommunale Sozialberichterstattung. Fragestellungen, Quellen, Konzepte, Leverkusen: Leske + Budrich.
- Wagner, Gert, Jürgen Schupp und Ulrich Rendtel 1994: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) - Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt, in: R. Hauser et al. (Hg.), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik - Band 2: Erhebungsmethoden, Analyseverfahren und Mikrosimulation, S. 70-112, Berlin: Akademie-Verlag.
- Weick, Stefan 1996: Zuwanderer in Deutschland optimistisch, in: ISI-Informationsdienst Soziale Indikatoren, Nr. 16, S.1-4.
- Zapf, Wolfgang 1984: Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität, in: W. Glatzer und W. Zapf (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik - Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, Frankfurt/New York: Campus, S. 13-26.

Abbildung 1:
Zuwanderung nach Westdeutschland 1984 bis 1993



Quelle: Schulz 1994.

Abbildung 2:
Struktur der in westdeutschen Privat-Haushalten lebenden Zuwanderer
Stand: I. Quartal 1995



¹⁾ Klassische Anwerbeländern: Türkei, Spanien, Italien, Griechenland und Ex-Jugoslawien.

Tabelle 1: Demographie

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche- West	Ausländer- West	Deutsche- Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West- Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asyl- bewerber / Flüchlinge	Zuwanderer aus Anwerbe- ländern	Sonstige Zuwanderer	
Alle Personen in privaten Haushalten										
Alter (Mittelwert)	40.6	34.3	38.8	29.4	28.1	29.6	27.0	24.7	28.3	38.3
Altersklassen (Anteil in %)										
• bis 16 Jahre	19.0	22.0	21.0	30.2	26.0	33.3	36.2	31.5	28.4	20.6
• 17-40 Jahre	33.2	35.6	34.5	46.6	52.8	37.5	44.2	51.3	46.0	34.7
• 41-65 Jahre	30.4	38.1	30.7	19.0	20.1	25.2	(15.8)	16.9	22.7	30.0
• 66 und mehr Jahre	17.4	4.3	13.8	(4.2)	(1.1)	(4.0)	(3.8)	(0.3)	(2.9)	14.8
Private Haushalte										
Haushaltsgröße in Personen (Mittelwert)	2.2	2.8	2.3	2.8	2.4	3.5	3.7	3.5	2.6	2.3
Haushaltstypologie (Anteile in %):										
• Ein-Personen-HH	35.9	18.5	27.7	24.5	22.4	(6.9)	(3.5)	(3.3)	23.9	32.3
• Paare ohne Kinder	27.8	29.2	27.1	(16.8)	35.5	18.8	(26.4)	22.7	20.7	27.4
• Alleinerziehende	5.7	4.6	5.9	(1.6)	(0.9)	(5.6)	(10.4)	(2.7)	(5.0)	5.6
• Paare mit Kindern unter 16 Jahren	19.1	29.8	25.6	45.7	31.1	49.6	(43.8)	57.7	36.0	22.3
• Paare mit Kindern über 16 Jahren	8.3	14.6	8.8	(9.8)	(5.8)	14.4	(5.5)	(6.5)	(9.9)	8.7
• Mehr-Generationen- Haushalte	1.2	1.7	0.9	(1.6)	-	(3.8)	(6.9)	(6.9)	(1.4)	1.3
• Sonstige HH	2.1	1.5	4.0	-	(4.3)	(1.0)	(3.5)	(0.3)	(3.1)	2.4
Gemeindegrößenklasse (Anteile in %)										
• bis 20.000 Einw.	36.7	31.5	49.7	34.2	42.6	33.1	(20.8)	24.1	31.2	38.6
• 20-100.000 Einw.	26.9	26.2	19.9	27.7	22.6	29.8	(26.4)	30.5	21.1	25.5
• 100-500.000 Einw.	17.2	13.4	16.3	(13.0)	(18.2)	22.5	(26.4)	23.2	(12.7)	17.0
• über 500.000 Einw.	19.2	28.9	14.1	25.1	(16.6)	14.6	(26.4)	22.2	35.0	18.9

(): Fallzahl < 30; -: kein Nachweis.

Quelle: SOEP 1995.

Tabelle 2: Wohnen und Wohnkosten

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche- West	Ausländer- West	Deutsche- Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West- Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asyl- bewerber / Flüchlinge	Zuwanderer aus Anwerbe- ländern	Sonstige Zuwanderer	
	Private Haushalte									
Wohnfläche in qm (Mittelwert)	91.9	78.6	69.3	82.3	78.0	79.2	65.5	70.0	68.4	68.4
Zahl der Wohnräume über 6 qm (Mittelwert)	3.6	3.2	3.1	3.3	2.9	3.1	2.6	2.8	3.4	3.5
Bruttokalt-Miete (in DM / qm)	9.89	10.31	7.57	10.20	12.25	9.78	10.91	11.09	10.62	9.49
Bruttokalt-Miete in % des Haushaltsnetto- Einkommens	24.6	23.8	18.4	23.8	25.8	24.3	30.8	22.4	26.4	23.2
Einschätzung der Wohnungsgröße (Anteil in %)										
• zu klein	15.9	24.8	21.7	22.8	18.5	34.2	(43.8)	38.0	31.7	18.3
• angemessen	72.5	64.0	69.5	69.0	73.0	63.9	(56.2)	59.7	65.1	71.1
• zu groß	11.6	11.2	8.8	(8.2)	(8.5)	(1.9)	-	(2.3)	(3.2)	10.6
Selbstnutzende Eigentümer (Anteil in %)	44.6	23.8	26.6	11.4	(6.5)	7.9	-	8.8	25.7	38.3
Sozialer Wohnungsbau (Anteil in %)	12.9	16.1	7.0	24.5	(7.2)	40.7	(40.3)	17.2	13.4	12.8
	Alle Personen in privaten Haushalten									
Anteil der Personen in % mit Wohnraumunter- versorgung (weniger als ein Wohnraum pro Kopf)	11.8	35.2	21.0	19.7	16.6	52.4	76.9	62.0	23.1	17.3

(): Fallzahl < 30; -: kein Nachweis.

Quelle: SOEP 1995.

Tabelle 3: Schul- und Berufsqualifikationsniveau

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche- West	Ausländer- West	Deutsche- Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West- Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asyl- bewerber / Flüchlinge	Zuwanderer aus Anwerbe- ländern	Sonstige Zuwanderer	
	16 bis 65 Jährige									
Schulabschluß (Anteil in %)										
• kein Abschluß	4.4	24.7	2.8	(6.3)	(1.2)	13.1	(16.8)	21.9	(8.2)	5.9
• Mittlerer Abschluß	72.8	61.0	81.0	80.1	78.1	70.1	64.2	70.3	64.2	73.5
• FH-Reife/Abitur	22.8	14.3	16.2	13.6	20.8	16.8	(19.0)	7.8	27.6	20.6
Berufsabschluß (Anteil in %)										
• kein Abschluß	24.2	55.3	11.6	19.0	10.2	41.2	52.7	61.4	18.9	24.4
• Mittlerer Abschluß	63.2	36.4	78.9	72.9	78.6	44.8	(28.0)	34.8	58.6	63.8
• FH-/Universitäts- Abschluß	12.5	8.3	9.5	(8.1)	11.2	14.0	(19.3)	(3.8)	22.5	11.8

(): Fallzahl < 30; -: kein Nachweis.

Quelle: SOEP 1995.

Tabelle 4: Arbeitsmarkt und Erwerbseinkommen

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche- West	Ausländer- West	Deutsche- Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West- Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asyl- bewerber / Flüchlinge	Zuwanderer aus Anwerbe- ländern	Sonstige Zuwanderer	
Alle Personen in privaten Haushalten										
HH- bezogener- Arbeitslosigkeitsindex Januar 1994 - März 1995 (Mittelwert)	6.5	12.8	16.7	5.4	14.0	14.6	30.9	15.2	9.0	9.5
Anteil der Personen in Haushalten:										
• ohne Erwerbstätige	17.6	2.7	16.6	(6.5)	(3.0)	4.9	(19.9)	-	(5.6)	15.6
• ohne Arbeitslosigkeit	63.7	58.5	44.2	78.9	48.2	57.7	29.3	54.6	66.5	59.2
• Index: 1% - 25%	10.6	18.8	17.6	7.1	27.8	17.5	(8.5)	21.7	13.1	12.9
• Index: 26% - 50%	5.3	9.5	12.9	(3.3)	13.4	10.1	30.9	17.3	9.4	7.9
• Index: 51% - 100%	2.8	4.5	8.7	(4.2)	(7.6)	9.8	(11.4)	6.4	(5.4)	4.4
16 bis 65 Jährige										
Aktueller Erwerbsstatus (Anteil in %):										
• Vollzeit	52.0	52.6	54.4	62.9	70.8	43.7	(26.6)	50.5	47.2	52.4
• Teilzeit	10.4	5.8	6.7	(8.3)	(5.4)	8.1	(1.6)	(5.5)	(10.1)	9.1
• Geringfügig	10.0	9.7	8.4	(8.2)	(8.1)	9.2	(19.9)	6.1	(8.1)	9.6
• Nicht erwerbstätig	27.6	21.9	30.5	20.6	15.7	29.0	51.9	37.9	34.6	28.9
Aktuell arbeitslos gemeldet (Anteil in%)	5.5	11.1	15.9	4.9	10.3	14.8	21.2	13.1	8.0	8.3
Individueller Arbeitslosigkeitsindex Januar 1994 - März 1995 (Mittelwert)	7.5	13.6	17.9	5.5	13.1	19.0	32.1	15.2	10.0	10.6
Anteil der Personen in %:										
• ohne Erwerbstätigkeit	23.2	19.9	18.1	16.3	8.5	22.1	34.2	26.1	27.7	21.9
• ohne Arbeitslosigkeit	67.7	64.0	57.9	73.2	67.8	55.6	37.0	55.1	56.7	64.8
• Index: 1% - 25%	2.0	2.1	5.1	(3.6)	10.9	(3.5)	(6.3)	(4.2)	(4.4)	2.9
• Index: 26% - 50%	1.9	3.6	5.0	(3.3)	(1.9)	4.9	(1.6)	5.9	(4.9)	2.8
• Index: 51% - 100%	5.2	10.4	13.9	(3.6)	10.9	13.9	20.9	8.7	6.3	7.6

noch Tabelle 4:

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche- West	Ausländer- West	Deutsche- Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West- Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asyl- bewerber / Flüchlinge	Zuwanderer aus Anwerbe- ländern	Sonstige Zuwanderer	
	16 bis 65 Jährige									
nur Vollzeit- Erwerbstätige:										
• Brutto-Erwerbs- Einkommen in DM/ Monat	4843	4392	3286	4175	4282	3608	(3293)	3599	4687	4428
• Durchschnittliche Arbeitszeit (in Std./Woche)	43.1	40.9	45.1	43.2	44.5	41.1	(40.4)	43.0	43.4	43.4
Anteil der Beschäftigten mit befristetem Arbeitsvertrag (in %)	9.2	9.7	16.0	8.3	12.6	15.1	45.5	11.4	11.7	10.9
Anteil der Beschäftigten in % mit:										
• Nachtarbeit	22.5	17.8	25.1	34.2	19.7	19.4	(6.1)	21.9	29.5	22.8
• Wochenendarbeit	31.4	28.4	35.2	18.1	34.6	20.7	(7.6)	17.2	41.9	31.6

(): Fallzahl < 30; -: kein Nachweis.

Quelle: SOEP 1995.

Tabelle 5: Haushalts-Einkommen

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche- West	Ausländer- West	Deutsche- Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West- Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asyl- bewerber / Flüchlinge	Zuwanderer aus Anwerbe- ländern	Sonstige Zuwanderer	
	Private Haushalte									
Haushaltsnetto- Einkommen in DM/Monat	3813	3798	2966	3959	3872	3396	2357	3524	3516	3631
Bezug von Sozialhilfe (Anteil in %)	2.7	5.5	2.4	3.6	-	12.6	52.1	4.5	3.3	3.2
Bezug von Wohngeld (Anteil in %)	4.4	6.8	12.7	10.3	7.0	23.6	33.6	4.5	7.0	6.6
	Alle Personen in privaten Haushalten									
Relative Einkommens- Position (Mittelwert)	109.7	85.9	81.1	91.9	102.8	65.1	44.4	70.9	89.1	100.0
Anteil der Personen mit:										
• bis 50%	7.8	18.8	14.5	(10.2)	(12.9)	32.4	72.0	21.5	19.8	11.3
• 50% bis 100%	45.9	56.0	63.0	60.5	44.0	60.8	23.1	63.8	43.3	50.3
• 100% bis 150%	30.3	16.6	19.4	21.3	27.5	4.1	(4.9)	(13.5)	29.3	26.2
• über 150% des durch- schnittlichen Äquiva- lenzeinkommens	16.0	8.6	3.1	(8.0)	15.6	(2.7)	-	(1.2)	(7.6)	12.2

(): Fallzahl < 30; -: kein Nachweis.

Quelle: SOEP 1995.

Tabelle 6: Subjektives Befinden

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche- West	Ausländer- West	Deutsche- Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West- Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asyl- bewerber / Flüchlinge	Zuwanderer aus Anwerbe- ländern	Sonstige Zuwanderer	
Personen ab 16 Jahren										
Große Sorgen um allgemeine wirtschaftliche Entwicklung (in %)	24.7	29.5	27.2	24.7	25.7	23.6	29.6	21.6	20.5	25.3
Große Sorgen um eigene wirtschaftliche Entwicklung (in %)	13.8	26.5	24.9	32.0	27.9	29.1	44.5	34.7	16.2	17.6
Zufriedenheit mit ... (Mittelwert 11 er Skala ¹)										
• Wohnung	7.6	7.1	6.7	7.4	7.5	7.3	6.7	6.5	7.4	7.5
• Gesundheit	6.4	6.5	6.3	7.3	6.9	7.2	7.1	7.4	7.4	6.5
• Lebensstandard	7.2	6.6	6.4	6.8	6.8	7.0	5.8	6.5	7.2	7.0
• Einkommen	6.6	5.9	5.5	6.1	5.7	5.9	4.8	5.9	6.5	6.3
• Leben aktuell	7.0	6.8	6.4	6.8	6.6	7.3	6.3	7.1	7.2	6.9
• Leben in 5 Jahren	6.9	7.2	6.5	7.5	7.4	7.6	7.5	7.3	7.5	6.9

(): Fallzahl < 30; -: kein Nachweis.

¹ 0 = ganz und gar unzufrieden; 10 = ganz und gar zufrieden.

Quelle: SOEP 1995.

Tabelle A-1 Struktur der Zuwanderer nach Westdeutschland
seit 1984

	Personen		Haushalte		
	SOEP	Schulz	SOEP	Schulz	Schulz, korrigiert
Übersiedler	11	13	12	16	17
Ost-West-Umzieher	14	11	20	12	13
Aussiedler	28	28	25	26	27
Asylbewerber /Flüchtlinge	9	14	7	16 ¹⁾	11 ²⁾
Sonstige Zuwanderer	38	33	36	30	32
Alle	100	99	100	100	100

1) angenommene Haushaltsgröße: 2,3 Personen.- 2) Haushaltsgröße aus dem
SOEP: 3,7 Personen.

Quelle: Schulz (1994); SOEP; eigene Berechnungen.

Tabelle A-2 Zahl der Beobachtungen im SOEP 1995
mit positivem Hochrechnungsfaktor¹⁾

	alle Personen	befragte Personen		Haushalte
		ab 16 Jahren	16-65 Jahre	
Bestandsbevölkerung:				
• Deutsche in Westdeutschland	8.001	6.358	5.347	3.411
• Ausländer in Westdeutschland	2.461	1.863	1.800	842
• Deutsche in Ostdeutschland	4.754	3.662	3.260	1.810
Zuwanderer seit 1984:	2.278	1.588	1.538	726
darunter:				
• Übersiedler	272	196	188	100
• Ost-West-Umzieher	318	234	230	128
• Aussiedler	564	376	353	163
• Asylbewerber/ Flüchtlinge	117	77	73	33
• Zuwanderer aus Anwerbeländern	718	496	494	195
• Sonstige Zuwanderer	289	209	200	107
Insgesamt	17.494	13.471	11.945	6.789

Quelle: SOEP 1995.

1) Personen und Haushalte in Zuwanderergruppen, die im SOEP eine positive Ziehungswahrscheinlichkeit über eine andere Teilstichprobe als D hatten, erhalten für den Standard-Hochrechnungs- und Gewichtungsfaktor den Wert Null. Dies betrifft insbesondere Ost-West-Umzieher nach Juni 1990. Um diese Einheiten dennoch im Rahmen deskriptiver Analysen adäquat berücksichtigen zu können, wird neben dem standardmäßigen, querschnittsbezogenen Hochrechnungsfaktor für 1995 auch ein Stichprobe D spezifischer Faktor zur Verfügung gestellt, der wiederum für alle Personen und Haushalte der Teilstichproben A, B und C auf Null gesetzt wurde. In der Tabelle sind die Fallzahlen für alle Personen bzw. Haushalte ausgewiesen, für die einer der beiden Hochrechnungs- und Gewichtungsfaktoren einen Wert größer Null hat. Für weitere Details vgl. Rendtel und Daschke (1996).